



## Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

### **Öffnung der Migrationsberatung muss auch für Flüchtlinge erfolgen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten mit einer Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass die Migrations-Beratungsangebote des Bundes auch für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt geöffnet werden.

Begründung:

Die Migrationsberatungsstellen des Bundes leisten einen großen Beitrag zur Integration von Zugewanderten. Ihre Angebote, aber auch die Kompetenz und Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit der Situation und den Fragestellungen der Migrantinnen und Migranten sind wichtige Bausteine für deren Orientierung in unserer Gesellschaft.

Aber auch für Flüchtlinge ist Begleitung und Beratung vom ersten Tag an zwingend notwendig. Derzeit ist es den Beratungsstellen aber lediglich erlaubt, eine Erstberatung zu leisten, aber nicht mehr.

Flüchtlinge brauchen in der Eingewöhnungszeit mehr als nur eine Beratung, um sich auf die neuen Lebensverhältnisse einzustellen und in die neue Umgebung zu integrieren. Denn insbesondere in den ersten Monaten des „Ankommens“ haben Flüchtlinge viele Fragen und benötigen Beratung in allen Lebenslagen.

Zwar gibt es mittlerweile viele ehrenamtliche Angebote im Rahmen einer örtlichen Willkommenskultur, jedoch können diese nicht immer eine professionelle Beratung ersetzen.

Die Öffnung der Migrationsberatungsstellen des Bundes könnten diese Angebote sinnvoll ergänzen und würde somit auch die Kommunen und hier insbesondere die Ausländerbehörden entlasten, da diese mit der Unterbringung der Flüchtlinge bereits eine große Aufgabe haben.

Serpil Midyatli  
und Fraktion

Eka v. Kalben  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW